

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei freier Postzustellung monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 4.30 M., für Ausland 7.30 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Nord 2895 und 2896.

Inserate kosten die achte Spalte, Nonpareilgröße, oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das selbstdruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leuzungsanzeigen 70 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Nord 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Generalstreit in Bitterfeld.

## Drohende Ausdehnung des Streiks

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Halle, 28. November.

Heute mittag um 2 Uhr ist im Bitterfelder Industriegebiet der Generalstreit erklärt worden. In der chemischen wie auch in der Braunkohlenindustrie haben die Arbeiter nahezu einmütig beschlossen, so lange die Arbeit zu verweigern, als Kostennutzen sich im Industriegebiet anhalten. Der Generalstreit ist um 2 Uhr bei Schichtwechsel proklamiert worden. Die Arbeiter warteten nicht die Rückkehr der nach Berlin zum Reichswehrminister entsandten Kommission ab, sondern saßen bereits vorher den Verhandlungen zum allgemeinen Generalstreit. Inzwischen ist die Arbeiterkommission zurückgekehrt mit der Antwort der Regierung, daß diese an und für sich die Verhängung des Belagerungszustandes nicht für erwünscht halte, aber in dem Einräden der Truppen keinen Grund für Streik erblicke. Die Arbeiter haben folgende Forderungen gestellt:

1. Sofortige Zurückziehung der Truppen.
  2. Wiedereinsetzung des Betriebsratsmitgliedern nach dem in die Urabstimmung durch einen paritätisch zusammengesetzten Ausschuss entlassen wurden war.
  3. Aufhebung des richterlichen Haftbefehls gegen den Betriebsratsvorsitzenden der Anilinwerke Wolfen, Genossen Haas.
  4. Cassation der Besetzung des Betriebsratsvorsitzenden vom Reichsanwalt L. Robbes, der gestrichen verurteilt wurde.
  5. Reinerliche Maßnahmen durch die Direktion und Aufhebung bisher erfolgter Maßnahmen.
- Die Reichswehrarbeiten werden von den Arbeitern unterbrochen. Es ist möglich, daß der Generalstreit nicht auf Bitterfelder Revier beschränkt bleibt, da die Arbeiter ganz Mitteldeutschlands nicht ruhig zusehen werden, wie ihre Bitterfelder Kameraden einzeln niedergestreckt werden. Das Reichswehrministerium hat in die Urabstimmung, das Berlin mit Elektrizität versorgt, die Reichswehrstoffwerke in Döberitz und die Leunawerke bei Merseburg, sowie die ganzen Braunkohlenwerke Mitteldeutschlands werden sich dem Streik anschließen.
- Die militärischen Maßnahmen sind die schärfsten Maßnahmen, um die gar nicht gesicherte Ruhe und Ordnung in Bitterfeld zu wahren. Sie drohen damit, bei Ausbruch des Generalstreits den verwickeltesten Belagerungszustand zu verhängen. Die Technische Rothilfe steht bereit, um einzuschreiten. Die telegraphische und telegraphische Verbindung mit Bitterfeld ist unmöglich, da Kostentruppen die Telegraphenämter zerstört hätten. Der Reichswehrminister hat gedroht, mit allen Mitteln den Streik niederzuhalten.

Die „B. B. N.“ melden über die Folgen, die die Erklärung des Generalstreiks in Bitterfeld für Berlin haben wird, daß die Stromzufuhr nach Berlin bis auf weiteres nicht gefährdet sei und unter allen Umständen gesichert würde.

## Oesterreich und die deutsche Hilfe.

### Eine Rundgebung im Parlament.

Wien, 28. November.

Zu Beginn der Sitzung machte der Präsident die Mitteilung von dem Beschluß des Deutschen Reichstages, im Dezember jede Form der Hilfe im Reich um 50 Gramm einzuschränken und diese Einschränkung zur Linderung der Not Deutsch-Oesterreichs zu verwenden. An diese Mitteilung, welche vom Hause mit lebhaftem Beifall und Gänzlichem aufgenommen wurde, knüpfte der Präsident folgende Erklärung, die vom Hause stehend angelesen wurde:

Hochs! Es handelt sich hier nicht nur um ein finanzielles Opfer, sondern um ein Opfer, das der Welt als solcher bringt, sondern um eine Liebesgabe eines einzelnen Völkers des Deutschen Reiches ohne Unterschied. Jeder Bürger schenkt täglich seine ohnehin lang bemessene Ration, um dadurch beizutragen zur Linderung der schrecklichen Not, die in Deutsch-Oesterreich herrscht. Dieser Akt der Menschlichkeit und der brüderlichen Solidarität des Deutschen Reiches hat bei uns nicht nur Freude und Genugtuung ausgelöst, sondern vor allem die innigste Dankbarkeit. Der Beschluß ist oberhalb ein Beweis dafür, daß die Gewalt, und zwar zunächst können kann, daß aber nichts imstande ist,

die Bande gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur zu lösen, die uns mit den Brüdern im Reich verbinden.

Ich spreche im Namen des ganzen Hauses und aller seiner Mitglieder, aber ich bin versichert, auch im Sinne aller Bürger der Republik zu handeln, wenn ich sage: Unseren Brüdern im Reich innigsten Dank für diese Hilfe in schwerer Zeit, für diesen Akt außerordentlicher Großmut, den wir nie vergessen werden!

## Abbruch der Beziehungen mit Lettland.

Wolffs Bureau verbreitet folgende Meldung:

Wie bereits gemeldet, ist die deutsche Gesandtschaft in Riga mit Rücksicht auf die militärischen und politischen Vorgänge aus Riga zurückgezogen worden. Die lettische Regierung hat nunmehr ihre hiesige Vertretung gleichfalls zurückberufen und betrachtet sich unter Hinweis auf die Angriffe der ehemals reichsdeutschen Truppen unter Vermondts Anwaloff als mit Deutschland im Kriegszustand befindlich. Die noch in Riga und Wibau befindlichen deutschen Vertreter werden daraufhin gleichfalls zurückberufen werden.

In der Presse wird die Erklärung der lettischen Regierung als „Ariensklärung an Deutschland“ bezeichnet. Dementsprechend tobt bereits die reaktionäre Presse über den „kleinen Revolverkrieg“, der uns gegenüber „Feindseligkeiten“ einleite. Fehlt nur noch der bewährte Hinweis, daß Deutschland von Lettland „überfallen“ worden sei. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die lettische Regierung mit ihrem Hinweis auf den durch die Truppen Anwaloff-Bermondts heraufbeschworenen Kriegszustand nur die seit Wochen tatsächlich bestehende Situation gekennzeichnet hat, die ohne Verzicht auf Lettlands eingetreten ist. Die reichsdeutschen Truppen in Kurland haben in Wahrheit das lettische Volk überfallen, haben Riga bombardiert und der deutsche Oberbefehlshaber Graf von der Goltz hat in krasser Verletzung aller völkerrechtlichen Verpflichtungen diesen Überfall gebilligt und den Oberbefehl über die Truppen wie auch die Kommandogewalt über einen großen Teil Kurlands einem hergelassenen Abenteuerer, dem russischen Obersten Anwaloff-Bermondts übertragen. Nun haben sich diese Truppen, nachdem sie aus Deutschland keine Verstärkungen und Nachschub mehr erhielten und an der Front Mißfolge erlitten, wieder umstimmert und unter dem Befehl General Eberhards geflüchtet. Kann man es aber den Letten, die Unfähigkeit von diesen Truppen erduldet haben, verübeln, wenn sie mißtrauisch sind und energisch gegen die noch in Kurland befindlichen deutschen Landsknechte vorgehen?

Ob allerdings der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland geeignet ist, die Situation zu entspannen, erscheint mehr als zweifelhaft. Hier ist es aber wiederum Deutschland, das die Initiative hierzu ergriffen hat. Die lettische Regierung hat mit der Abberufung ihrer hiesigen Vertretung lediglich die Konsequenz aus der Abberufung der deutschen Gesandtschaft aus Riga gezogen. Für diese Abberufung lag aber um so weniger Veranlassung vor, als die Regierung durch ihre — allerdings sehr verspätete — Stellungnahme gegen die baltischen Abenteuerer die Berechtigung des lettischen Standpunktes anerkennt und endlich einen Weg beschritten hat, der eine Verständigung zwischen Deutschland und Lettland herbeiführen könnte. Es muß deshalb verlangt werden, daß nun alles getan wird, um den unnütz und zwecklos heraufbeschworenen diplomatischen Konflikt aus der Welt zu schaffen.

## Kampfanfrage der italienischen Sozialisten.

Mailand, 28. November.

Der „Avanti“ berichtet, daß die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei in ihrer gestrigen Sitzung in Rom beschlossen hat, alle Abgeordneten, die der sozialistischen Parteigruppe angehören, einzuladen, der Eröffnungssitzung der Kammer am 1. Dezember beizuwohnen zum Zweck einer antimonarchischen Rundgebung.

Der „Corriere della Sera“ vernimmt, daß die sozialistischen Abgeordneten zu Beginn der parlamentarischen Arbeiten der Kammer von der Regierung die Anerkennung der russischen Sowjetrepublik verlangen werden.

## Die Aufgaben der Frauenkonferenz.

In richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß es von ungleich großer Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung ist, wenn es uns gelingt, die proletarischen Frauen für unsere Partei zu gewinnen und ihnen die Gedankenwelt des Sozialismus zu erschließen, hat die Parteileitung der U. S. P. gleichzeitig mit dem Parteitag eine Frauenkonferenz einberufen, die heute und morgen in Leipzig tagen wird.

Trotz Krieg und Revolution, die das Denken der Frauen gewiß revolutioniert und sie aus ihrer dumpfen Gleichgültigkeit geweckt haben, stehen gegenwärtig noch hunderttausende proletarischer Frauen nicht nur abseits von der Arbeiterbewegung, sondern sie stützen und stärken auch die Reihen der bürgerlichen Parteien, die dadurch, daß sie Einfluß auf die Gemüter der Frauen zu erhalten suchen, sie auch für ihre politischen Bestrebungen gewinnen.

Nirgends tritt diese Tatsache klarer zutage als bei den Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften, deren Ergebnis die Frauen, die mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten ausmachen, entscheidend bestimmen. Fast überall da, wo sich das Verhältnis der Abstimmung von männlichen und weiblichen Wählern nachprüfen ließ, hat es sich gezeigt, daß die Frauen in großer Zahl den reaktionären Parteien — in katholischen Gegenden vornehmlich den Merkmalen — ihre Stimme gegeben haben. Die Einsicht in diese Tatsache hat die bürgerlichen Parteien in der Hauptache bewogen, ihren Widerstand gegen die politische Betätigung der Frauen anzugehen, und sie betrachten, wie aus manchen Äußerungen hervorgeht, die Frauen als Volkswort gegen das Vordringen sozialistischer Ideen.

Seinerseits bedrängt diese Anweisung nicht der Grundlage, denn nicht nur auf die keiner außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgehenden Frauen, die von unserer Aufklärungsarbeit nur schwer erreicht werden können, sondern auch auf die im Berufsleben stehenden Frauen konnten bisher die Ideen des Sozialismus nur wenig Einfluß gewinnen, weil die Einflüsse aus der Kirche und dem Haus der Aufnahme dieser Ideen stark entgegenwirkten. Doch es ist nicht zu verkennen, daß auch hier die Entwicklung den Boden gelodert hat, und daß es an uns liegt, ihn richtig zu bearbeiten.

Hier erweist der Frauenkonferenz die wichtige Aufgabe, Richtlinien zu geben für eine intensive Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Frauen, die sozialistisch gesinnten Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen und den Genossinnen den Weg zu zeigen, wie sie die der Arbeiterbewegung fernstehenden und politisch indifferenten Frauen für den Sozialismus gewinnen können. Die Delegierten aus dem Reich werden über eine Menge Anregungen für die Arbeit unter den Frauen mit auf die Tagung bringen, die Erörterung dieser Frage fruchtbringend gestalten, und so der Werbearbeit unter den Frauen einen starken Aufschwung verleihen.

Die Tagesordnung der Konferenz umfaßt drei wichtige Punkte: Die politische Situation, die Frauen und das Wahlsystem und die Frauenverwerbsarbeit.

Die Erörterung des Punktes — die politische Situation — wird den Genossinnen erneut zu Bewußtsein bringen, daß mit der Erringung des Wahlrechts und der politischen Gleichstellung der Frauen noch nicht ihre völlige staatsbürgerliche und rechtliche Gleichberechtigung erreicht ist, daß vielmehr der Kampf darum erst aufgenommen werden muß. Nirgends ist in der Verfassung zeigt es sich, daß der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Frau zum außerhäuslichen Erwerb gezwungen und sie in Konflikt zu ihrer Stellung als Gattin und Mutter gebracht hat, in grundlegender Weise Rechnung getragen worden ist. Es zeigte sich bei der Beratung der Reichsverfassung so recht die Ohnmacht einer kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Regierung, die den bürgerlichen Parteien keinen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen, geschweige denn sozialistische Forderungen durchzusetzen vermochte. Wenn wir auch wissen, daß nur in der sozialistischen Gesellschaft die Lösung aller der Probleme möglich ist, die durch die veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft entstehen,

...so dürfen wir doch in unserem Kampf für die Anerkennung dieser Tatsache nicht erlahmen, da es gilt, die Wege für die künftige Entwicklung zu ebnen.

Einem dringenden Bedürfnis entspringt auch das Meserat über die „Frauen und das Räteystem“. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn hier eine eingehende Aussprache Klarheit in den Anschauungen der Frauen schafft, denn es darf nicht verkannt werden, daß die Frauen dem Räteystem bisher fast teilnahmslos gegenüberstehen und auch die Bedeutung der wirtschaftlichen Arbeitstätigkeit noch nicht erkennen. Der Anteil der Frauen in den Betriebsräten ist noch sehr gering. Gelinzt es aber, die Gleichgültigkeit der Frauen gegenüber dieser Form der proletarischen Organisation zu beseitigen, dann ist schon ein großer Schritt vorwärts getan.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung: die Frauenarbeit wird die Konferenz auf all die Schwierigkeiten eingehen müssen, die jetzt infolge des Niederganges unserer Wirtschaft für die beruflich tätige Frau entstehen. Soll sie jedoch gewarnt werden, ihren während des Krieges übernommenen Platz an der Arbeitsstätte für die heimkehrenden Männer freizumachen. Das bedeutet den Verlust der Beschäftigung eines Weibes mit einem anderen, denn eine große Zahl von Frauen ist heute nicht mehr in der Lage, ihre Erwerbsarbeit aufzugeben, da sie und ihre Familie auf ihr Arbeitseinkommen angewiesen sind. Die drohende Arbeitslosigkeit der Männer muß auf andere Weise gehandhabt werden als dadurch, daß man tausende proletarische Frauen, die auch von ihrer Hände Arbeit leben müssen, arbeitslos macht und sie und ihre Angehörigen dem Elend preisgibt.

So hatten der Frauenkonferenz große Aufgaben. Die Anregungen, die sie den Delegierten gibt, werden sicher auf fruchtbaren Boden fallen und die Genossinnen überall zur regen und intensiven Arbeit unter den proletarischen Frauen anspornen. Es muß aber auch die Aufgabe der Konferenz sein, den Parteitag auf die Bedeutung all dieser Probleme hinzuweisen, denn die gesamte Partei ist an ihrer Lösung interessiert. Die Frauen sind ein wichtiger Faktor in der gesellschaftlichen Entwicklung geworden, ihre Stellung in der Gesellschaft und ihr politischer Einfluß haben sich grundlegend geändert, diese Tatsache muß auch von den Männern erkannt und für die Bewegung nutzbar gemacht werden. Erst der gemeinsamen Arbeit wird es gelingen, die Aufklärung unter den Frauen tatkräftig zu fördern und sie für den Sozialismus zu gewinnen.

## Der Hanfabbund gegen die Regierung.

In einer auf Veranlassung des Hanfabbundes stattgefundenen Versammlung zur Beratung der Lage des Mittelstandes wurde sich der Präsident des Hanfabbundes, Nieber, gegen die Sozialisierungspläne der Regierung. Der gesamte Mittelstand möchte sich geschlossen gegen die Ziele des Sozialismus wenden. Wenn Sozialisierung, Kommunalisierung und das Betriebsrätegesetz mit einer „absoluten Herrschaft des Arbeiters“ der Weisheit letzter Schluss sein soll, danken wir dafür. Der gesamte Mittelstand muß auch gegen die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung zusammenstehen, die Gleichberechtigung aller Stände und die unbedingte Freiheit der Wirtschaft fordern.

In der Aussprache forderte Obermeister Knisch-Kasselt eine einheitliche Organisation des selbständigen Mittelstandes, der jetzt wie er erklärte, finanziell besser dasteht als vor dem Kriege. Dr. Köhler vom Hanfabbund betonte, daß es sich nicht um einen organisatorischen Putsch handelt. Wenn es nicht gelingt, die Entpolitisierung der Ministerien durchzusetzen, trägt Deutschland einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegen. Es soll nicht eine neue Mittelstandspartei geschaffen werden, sondern nur den erwerbsfähigen Schichten, soweit sie selbständig sind, genügenden Einfluß auf die politischen Parteien eingeräumt werden.

Wie kennen zwar keine wirklichen Sozialisierungspläne der Regierung. Umso reizvoller ist es, daß der von den Demokraten beherrschte Hanfabbund so entschieden gegen die vermeintlichen Sozialisierungsabsichten anlämpft und außerdem auch den schärfsten Kampf gegen die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung führen will.

Die Tagung des Hanfabbundes faßte ferner den Beschluß, daß Handel, Handwerk und Gewerbe in gemeinsamer Front mit dem übrigen Unternehmertum bestmöglichen Einfluß auf die wirtschaftspolitische Gesetzgebung gewinnen müsse. Es wurde als Organisationsziel vereinbart, mit Hilfe besonders zu bildender Ausschüsse Vertreter des Mittelstandes bei den kommenden Reichstagswahlen sowie bei den Wahlen der Parlamente der Bundesstaaten und der Städte durchzusetzen. Zeitliche und räumliche Unterstützung der Bestrebungen des Hanfabbundes zu einheitlicher Zusammenfassung des erwerbsfähigen Bürgertums wurde in einer gegen zwei Vertreterstimmen angenommenen Entschließung gefordert.

## Kaufstij gegen die „Times“.

Einige Zeitungen meldeten vorgestern, daß die Londoner „Times“ Auszüge aus der in Vorbereitung befindlichen Schrift „Kaufstij“ über die Entstehung des Weltkrieges gebracht haben. Gegen diese unbefugte Veröffentlichung wendet sich Genosse Kaufstij mit folgendem Protest:

„Das Buch ist eine Frucht meiner Arbeit an den Akten über den Kriegsausbruch und sollte erscheinen, unmittelbar nachdem diese der Öffentlichkeit vorgelegt worden waren. Als ich im September erfuhr, daß die Drucklegung der Akten in Angriff genommen wurde, erfuhr ich Herrn Cassirer, den Verlag meines Buches zu übernehmen. Er verpflichtete sich, dafür zu sorgen, daß es vor der offiziellen Publikation der Akten nicht erscheinen und jede zu diesem Zwecke notwendige Vorkehrungsmaßregel getroffen werde.“

Jene Aktenpublikation wurde zunächst, wie bekannt, für Ende Oktober angekündigt. Sie verzögerte sich erheblich nicht durch die Schuld der Herausgeber, die ihr Möglichstes taten. Nun endlich sind vier Bände im Druck und werden in den nächsten Tagen erscheinen.

Indes, unmittelbar vorher noch hat die „Times“ es verstanden, trotz der getroffenen Vorkehrungsregeln das so lange gebaute Geheimnis meines Buches auf eine mir unbekannte Weise zu lüften, nicht nur ohne mein Wissen, sondern

sehr gegen meinen Willen. Ich halte dies Vorgehen für eine Durchbrechung des Urheberrechtes, gegen die ich protestiere.

Was schließlich die Frage anbelangt, inwieweit die Angaben der „Times“ die Schlussfolgerungen richtig wiedergeben, zu denen ich gelangt bin, so kann ich darüber nicht urteilen, da ich den Originalartikel nicht kenne. Doch laufen aus dem Zusammenhang gezeichnete Andeutungen stets Gefahr, ein anderes Bild zu geben, als es der Verfasser wollte.

Um klarzulegen, wie meine Ausführungen im Zusammenhang lauten und welchen Sinn sie durch ihn bekommen, möchte ich jedoch weit ausholen und mich auf eben jene Dokumente beziehen, deren amtlicher Veröffentlichung ich nicht vorausstellen möchte. Ich kann um so eher augenblicklich darauf verzichten, als ja beides, die offiziellen Akten und mein Buch, binnen wenigen Tagen dem Publikum vollständig vorliegen werden.

Ich erwarte, daß auch die „Times“ bis dahin auf weitere Mitteilungen aus meiner Arbeit verzichten wird, um so mehr, als vom Verlage sofort dahingehende Schritte unternommen wurden. Karl Kaufstij.

## Scheidemann, Marx & Co.

Dem „Vorwärts“ genügt es nicht, daß er sich mit seiner Verteidigung Scheidemanns bis auf die Knochen blankiert hat. Er veröffentlicht in der gestrigen Abendausgabe ein Schreiben des Auswärtigen Amtes, auscheinend vom Sommer 1918, das folgendermaßen lautet:

Auswärtiges Amt.

Kaufstij.

Der Inhaber dieses Auftrages, Herr Georg Marx, ist der Bevollmächtigte des Verlags für Sozialwissenschaft m. b. H. Der genannte Verlag ist am Werk, einen Volkskalender für Rußland in einer ganz ungewöhnlich großen Auflage (Mindestauflage 1 Million) herauszugeben. Der Kalender wird mit Einverständnis des Auswärtigen Amtes herausgegeben, weil das Erscheinen dieses Kalenders der russischen Propaganda dienen soll. Es ist sehr erwünscht, daß bei der Herstellung alle etwa entgegenstehenden Hindernisse schnell beseitigt werden. Das Auswärtige Amt beehrt sich daher zu bitten, allen auf den Kalender bezüglichen Wünschen des Herrn Marx nach Möglichkeit zu entsprechen. Der Kalender muß unbedingt bis zum Herbst fertiggestellt sein, da er bereits im Oktober in allen Teilen Rußlands zur Verbreitung vorrätig sein soll.

Auswärtiges Amt.

Im Auftrage

gez. von Bergen.

Stempel  
106767

Der „Vorwärts“ wiederholt daran anknüpfend nochmals Scheidemanns Rechtfertigung, daß es sich bei seiner Förderung des Unternehmens von Parvus und Marx nur um die Fortsetzung einer unter dem wilhelminischen Regime begonnenen Aktion handele. So wird doch noch als besonderer Verdienst Scheidemanns hervorgehoben, was die größte Schande seiner Regierung ausmacht — die Fortsetzung der Politik des alten Regimes unter dem Deckmantel des Scheinsozialismus und der „vollendeten Demokratie“.

Nachdem Herr Koske vom „Berliner Tageblatt“ interviewt worden ist, hat sich das „8 Uhr-Blatt“ bereit, einen Ausleger zu Herrn Marx zu entsenden. Mit der ihm eigenen Großsinnigkeit erklärt er:

„Die Angriffe, die gegen mich in letzter Zeit verbreitet wurden, lassen mich vollkommen kalt. Gegen den Herrn Sozialdemokraten, der sich zum Verbreiter der Angriffe hergegeben hat, habe ich Strafantrag gestellt, und er wird Gelegenheit haben, sein Material in breiter Öffentlichkeit klarzulegen. Ich sehe seiner Klärung mit vollständiger Ruhe entgegen, denn ich bin mir bewußt, nichts gegen das kaisereiche Leben der jungen deutschen Republik begangen zu haben. Meine Geschäfte halten jeder Nachprüfung stand.“

Die Freiheit des Herrn Marx erscheint in besonders hellem Lichte, nachdem selbst Herr Koske gestern festgestellt, daß er noch Aufdeckung von „gewissen Unregelmäßigkeiten“ Herrn Marx aus dem Reichswehrministerium herausgeworfen hat. Es verdient übrigens vermerkt zu werden, daß die „Berl. Volksztg.“ in diesem Zusammenhange folgende Fragen an Herrn Koske richtet:

„Wann hat Herr Koske von den „gewissen Unregelmäßigkeiten“ des Marx gehört? Was hat er dagegen amtlich veranlaßt? Hat er über seine Erfahrungen und Maßnahmen sofort Scheidemann und Ober Mittelteil gemacht, von denen er wußte, daß sie bei Marx verkehrten?“

Wir fürchten, daß die Neugierde der „Berl. Volksztg.“ recht lange unbefriedigt bleiben wird. Mindestens so lange, bis der ganze Sumpf, den die Affäre Marx aufgedeckt hat, nach allen Richtungen hin durchleuchtet sein wird.

## Scapa Flow.

Berlin, 28. November.

Wie bereits früher mitgeteilt wurde, hat Ministerialdirektor von Simson bei den Besprechungen im französischen Ministerium des Reiches unter anderem auch den Standpunkt der deutschen Regierung in der Scapa-Flow-Frage dargelegt. Die Herren Dufaure und Bertelot, mit denen er die Besprechungen führte, haben damals gebeten, ihnen die juristische Begründung dieses Standpunktes schriftlich mitzuteilen. Dies ist, nachdem inzwischen noch einige bei der Besprechung neu aufgeworfene Fragen klargestellt worden sind, nunmehr geschehen. Freiherr von Lersner hat dem Generalsekretär der Friedenskonferenz am 27. November eine ausführliche Denkschrift übergeben und deren Ausführungen mündlich erläutert. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Verletzung gefordert werden, von Rechts wegen als un begründet zurückweisen muß. Mit der Darlegung dieses Rechtsstandpunktes schließt die Denkschrift indes nicht. Die deutsche Regierung betont vielmehr zum Schluß, daß es nicht ihren Absichten entspreche, wenn durch eine derartige Streitfrage das aus deutscherseits dringend gewünschte allseitige Inkrafttreten des Friedensvertrages verzögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem händigen Schiedsgericht in Haag zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Vorschlag geht im einzelnen dahin, daß das Schiedsgericht zunächst die Frage entscheiden soll, ob die deutsche Regierung für die Verletzung der Schiffe verantwortlich ist. Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde das Schiedsgericht die weitere Frage zu entscheiden haben,

welcher Schaden den allierten und assoziierten Mächten durch die Verletzung erwachsen ist und wie dieser Schaden von Deutschland wieder gutzumachen sein würde.

## Der Skandal ohne Ende.

Der Skandal, der mit dem letzten Unternehmen großen Stils gegen den Vollzugsrat begann, hat immer noch keinen Abschluß gefunden. Die Vollzugsratsmitglieder Reinen und Rasch befinden sich noch in Haft und die Räume des Vollzugsrates der Märschale und des Verlags „Wetru“ in der Münzstraße stehen noch immer unter zweifelhaften Schutz einer militärischen Besetzung. Ganz abgesehen davon, daß für die Besetzung der Bureaus des Vollzugsrats eine stichhaltige rechtliche Begründung beigetragen war, ist besonders zu beachten, daß der „Wetru“-Verlag Mieter der Räume ist und der Vollzugsrat nur einen Teil der Bureaus abgemietet hat. Er muß jährlich 15 000 Mark Miete zahlen, so daß dem Vollzugsrat durch die Sperrung seiner Räume und die Beschlagnahme seines Eigentums ein erheblicher finanzieller Schaden entsteht. Den politischen Schaden hat allerdings nur die gegenwärtige Regime, und wenn das allerdings, so ist das doch wenigstens ein Anlaß sein, den Skandal wenigstens formal zu beenden.

## Schweres Eisenbahnunglück bei Magdeburg.

Magdeburg, 28. November. (Amtliche Meldung.)

Am 27. d. Mts., gegen 6 Uhr 15 Min. nachmittags wurde ein Heberwagen beim Haltpunkt Okerwehden der Straße Magdeburg-Hallerstadt das Fuhrwerk des Oberamtmanns Schöper aus Süldorf durch den D-Zug 29 überfahren. Gestorben: Frau Oberamtmann Schöper, Stellmachermeister Schöper, Fischer Hardege. Schwerverletzt: Frau Müller, Sämann aus Süldorf. Der Unfall ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß das Fuhrwerk die niedergehende Schranke noch zu durchfahren versuchte.

Die neuen Reichssteuergesetze, die am Mittwoch nächster Woche der Nationalversammlung unterbreitet werden, sind, wie wir hören, noch immer nicht endgültig erledigt. Ramentlich das Bundessteuerabzugsrecht ist noch nicht fertig und wird am Ende nochmals dem Reichsrat beschickigt. Die Verabschiedung der Gesetzgebung ist also nicht vor Dienstag zu erwarten.

Eine kleine Anfrage der U. S. P. in der Nationalversammlung lautet: In der Regierung bekannt, daß die Unfallsrenten in Bittere Not befinden und in Gefahr sind, infolge der unzureichenden Rente im Elend zu verfallen? Ist die Regierung bereit, durch Erhöhung der Rente und durch Gewährung einer Entschädigungssumme der großen Not sofort zu steuern?

2000 Infanteriegewehre beschlagnahmt. Aus Dortmund wird gemeldet, daß sich auf dem Hauptbahnhof ein Wagon mit neuen Infanteriegewehren zweifelhafte Herkunft befindet. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Weiter konnte nach Untersuchung werden, wer der Ablender bzw. der Empfänger der Waffen ist.

Der neue belgische Senat setzt sich zusammen aus 59 Katholiken, 35 Liberalen, 25 Sozialisten und einem Mitglied der Bewegung der nationalen Wiederaufrichtung.

## Brennische Landesversammlung.

Kleine Anfragen.

Einige kleine Anfragen und die Abstimmungen über die Pauschzahl des Sozialministeriums gestellten Anträge bildeten die Einleitung zur gestrigen Verhandlung. Die Anträge der unabhängigen Fraktion, den 9. November zum geschichtlichen Feiertag erklären und die Budgete als gezielte Feiertage auszusprechen wurden abgelehnt.

Dann ergriff

Ministerpräsident Girsch

das Wort zu einer Erklärung. Unter Hinweis auf die Anträge in der Nationalversammlung, die gegen die Politik der brennischen Regierung gerichtet worden waren, betonte er unter anderem, daß die neue Regierung hohe sich auf den alten Methoden der Unfreiheit abgewandt und auf den breitesten Boden der Demokratie und Selbstbestimmung gestellt. Breitesten Boden für die Weisheit und Selbstbestimmung. In dieser Zeit der Bedrängnis von außen und innen mahnte er zur Einheit im Denken und Handeln.

Madam wurde über das

Friedmannsche Tuberkuloseheilmittel

weiter verhandelt. Hierzu führt Genosse Dr. Wehl aus: Die Tatsachen, die zu einer objektiven Prüfung des Friedmannschen Tuberkulosemittels geeignet sind, müssen zur Beurteilung herangezogen werden. Aber von einem solchen Mittel zu behaupten, es führe sicher zur Heilung, bedeutet Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden können. Tuberkulose ist eine Volkskrankheit, die ihre tiefen, sozialen Ursachen hat. Nur wenn es gelingt, letztere erfolgreich zu bekämpfen, wird auch die Tuberkulose verschwinden. Kein anderes Heilmittel vermag diese Krankheit auszurotten. Wer das behauptet zu behaupten mag, schärfert nur das soziale Gewissen. Die soziale Seite ist bisher von den Heilern übersehen nicht beachtet worden. Unter diesen Einschränkungen betrachtet man das Friedmannsche Mittel als ein wertvolles Mittel neben den anderen des gleichen Namens.

In der Presse ist zu lesen gewesen, daß die Firma Parvus, Marx & Co. das Friedmannsche Mittel für 700 000 Mk. gekauft habe. Das heißt, es soll der Profiteur aus dem Krieg sein. Dagegen müssen wir uns wenden. Wir verlangen die Sozialisierung des Heilmittelwesens. Da Herr Girsch nicht mit genannter Firma in rechtlicher Verbindung gestanden hat, wird er und erklären müssen, ob er von dem Ankauf etwas gewußt, als er die besagte Adresse über das Mittel hielt, nicht gewußt hat. Er wird sich gewiß von dem Verdacht reinigen können, der im Anlaß an besagte Tatsachen gerichtet wurde. Eine sachverständige Kommission sollte unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse das Friedmannsche Mittel auf seine Brauchbarkeit prüfen. (Lobh. Zustimmung.)

Minister Girsch erwiderte darauf: Die Erklärung des Heilmittelwesens auf Prof. Friedmann legt außer allem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Beziehungen zu Parvus u. Co. nicht vorüberlassen lassen. Deshalb vertriebe ich ihn u. Herr Dr. Hespand, der im Kriege es zu Tausenden gebracht hat. Ich rief meinem Freunde Parvus, mehrere Tausend Mark zu senden, perdu auszuwerten zur Gründung eines Instituts für Lungentrakt. Ich weiß, daß Verbandsangehörige gefunden haben und ein Vertrag abgeschlossen worden ist; aber dessen Inhalt weiß ich zur Stunde nichts. Soweit ich mich eines Instituts dienen.

Kaufstij Sitzung am Montag 1. Mts.

# Die Verhummelung des Betriebsrätegesetzes.

## Das faktische Manöver.

Von G. Aufhäuser.

Die Entwicklung der gesetzlichen Regelung der Betriebsräte bietet ein getreues Spiegelbild für die seit Monaten anwachsende Macht des Unternehmertums und das allmähliche Zurückweichen der Regierung. Unter dem Generalstreik in Groß-Berlin vom März d. J. hat das Kabinett damals die gezielte „Verankerung“ der Betriebsräte versprochen und Betriebsräte zugelassen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Vier Wochen später wurden die Angehörigen der Metallindustrie und des Bauwesens im Kampf um das Mitbestimmungsrecht, unter dem gewaltigen Druck vom Kabinett weitere Zugeständnisse wurden. Der in den folgenden Monaten veröffentlichte Regierungsentwurf über die Betriebsräte hat die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter in den Betriebsräten nicht gebracht, noch viel weniger kann von der Mitwirkung „an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ einer Einkufnahme auf die Produktion die Rede sein. Der dürftige Inhalt dieser Vorlage ist vor Wochen in dieser Stelle eingehend kritisch behandelt worden. An mehreren Vorschlägen zur Erweiterung der Betriebsräte sind die Vorschläge der Gewerkschaften, der Arbeitervereine, der Gewerkschaften freier Angestelltenverbände vor, der im März vom Deutschen Textilarbeiterverband propagiert worden ist. Im übrigen haben die sogenannten Gewerkschaften der Angestellten im Verein mit den Christlichen und Sozialdemokratischen Gewerkschaften systematisch die weiteren Verhummelung der Regierungsvorlage betrieben, während die freigeberlich organisierte Arbeiterbewegung leider völlig passiv geblieben ist. Das Ergebnis der Ausschussberatungen ist entsprechend ausgefallen. Der Entwurf um das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, die die Einkufnahme in Bilanz und die Entsendung zweier Betriebsratsvertreter in den Aufsichtsrat, wie er sich in den letzten Tagen abgezeichnet hat, ist nur ein kleiner Ausschnitt des unzulänglichen Spiels, das im 7. Ausschuss der Nationalversammlung seit Wochen mit den Arbeiterrechten getrieben worden ist. Wenn die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit unter großem Aufwand von Druckerhörigkeit so völlig von der Nationalversammlung der Einkufnahme in die Bilanz der Einkufnahme am Aufsichtsrat gelenkt wird — selbst wenn wenig ist noch verkompliziert worden — so ist dies ein faktisches Manöver, um die übrige Ausschussarbeit zu verdecken.

Dieser 7. Ausschuss hat aber, abgesehen von der gezielten „Verankerung“ des Geschäfts- und Bilanzgeheimnisses, auch im übrigen nur den Arbeitern Rechte und Macht zurückgegeben, um die kapitalistische Betriebsverwaltung zu restaurieren. Schon im § 1 ist mit der Beteiligung der Arbeitnehmerchaft in Arbeiter- und Angestelltenvereine begonnen worden, damit das „deutsch-demokratische“ Unternehmertum die gemeinsamen Kopf- und Handarbeiten so besser beherrschen kann. Der gemeinsame Betriebsrat für Angestellte und Arbeiter ist noch zugelassen, aber in der weitesten Linie gerückt. Die Angestellten und Arbeiter sind nicht mehr als eine Gruppe, wie erst vorgebildet war, nach der Zahl der Gruppe angehörigen Beschäftigten vertreten, sondern die neue § 6 bevorzugt die Minderheitsgruppe und entscheidet die Mehrheitsgruppe. Offenbar glauben die Sozialdemokraten damit vor allem in der Industrie den großen Arbeitermassen gegenüber Minderheitsgruppen von Angestellten mit „brandbarer Gesinnung“ zu kommen. In jedem Falle sind Reibungsflächen zwischen Angestellten und Arbeitern geschaffen, und das was wohl der Zweck der Uebung. Die Zahl der Betriebsratsmitglieder ist durchwegs je nach der Größe des Betriebes erheblich vermindert worden. Als Höchstzahl ist für die allergrößten Betriebe zwanzig festgesetzt worden. Ebenso hat der Ausschuss die beiden Artikel 7 und 8, die einen für große geteilte Betriebe mit mehr als 300 Arbeitnehmern in die Betriebsräte gebildet werden konnten, mit einem Federstrich beseitigt. Die Tendenz dieser neuen Beschlüsse läßt klar erkennen, daß möglichst wenig Personen für die Betriebsräte freigegeben werden sollen, und wenn darunter die Tätigkeit der Räte leidet. Auf der anderen Seite ist die Beteiligung an der der gesamte 7. Ausschuss der Nationalversammlung seiner Beratungen teilgenommen hat, sagte von Siemens: „Das ewige Quatschen müßte endlich wieder einmal ein Ende haben.“

Im § 9, der für mehrere gleichartige oder wirtschaftlich zusammengehörige Betriebe die Errichtung eines Gesamtbetriebsrates vorsieht, hatte die Arbeiterbewegung freier Angestelltenverbände eine neue Fassung vorgeschlagen, um auch für Syndikate, Kartelle, Trusts, Trusts und Konventionen, also die Hochburgen des Kapitalismus, ebenfalls Gesamtbetriebsräte zuzulassen. Es ist von ungeheurer Wichtigkeit, gerade an diesen Knotenpunkten des heutigen Wirtschaftsgebietes zentrale Betriebsräte zu bilden, denn ohne Einblick in die ökonomischen Zusammenhänge der angesprochenen großkapitalistischen Schwerindustrie wird der höhere Zweck des Rätegesetzes nicht erreicht werden können. Es ist bezeichnend für den Geist der Nationalversammlung, daß sie es nicht für nötig hielt, diese wichtige Angelegenheit überhaupt zu diskutieren. Das Wahlrecht durch Verankerung des Wahl- und Wahlbarkeitsgesetzes ist durch die Anträge des hohen Staatsanwaltes verkompliziert worden. Um die großen Gruppen der jugendlichen weiblichen Arbeitnehmer angesichts dieser Entrechtungen zu retten, gelangte ein Antrag der Reichssozialisten an die Tagesordnung, wonach bei der Zusammenlegung der Betriebsräte die Berufsgruppen der weiblichen Arbeiter „in der gleichen Weise“ sind. Die Aufgaben der sechs weiblichen Betriebsräte als Voraussetzung der Wählbarkeit sind ebenfalls gelassen. Bei dem zwanzeiwertigen Berufswechsel, der sich im Zusammenhang mit der geplanten Arbeitslosenversicherung für Kaufleute von Arbeitern und Angestellten ergeben kann, wird diese Bestimmung für die Betriebsräte besonders beruhigend wirken. Ein Lichtblick ist die Möglichkeit, durch einen als allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag eine vom Gesetz völlig

abweichende Arbeitnehmervertretung zu schaffen. Wenn das Gesetz mit all seinen arbeitserfüllenden Bestimmungen angenommen wird, so müßte es Aufgabe der Gewerkschaften sein, auf Grund des § 17 wirkliche Betriebsräte zu erkämpfen. Als „Verbesserung“ durch den Ausschuss ist weiter zu berichten, daß nach § 21 dem Arbeitgeber der Vorsitz in den Sitzungen des Betriebsrates übertragen werden kann. Den Höhepunkt der im 7. Ausschuss vorgenommenen „Demokratisierung“ der Regierungsvorlage bildet die Aufhebung der Bestimmungen in den §§ 26 und 30, wonach der Betriebsrat oder einzelne seiner Mitglieder vor Ablauf ihrer Amtszeit durch ein Mißtrauensvotum abberufen werden können. Die Wählerkraft soll also nicht einmal das Recht haben, ihre Beauftragten, soweit sie nicht mehr im Sinne ihrer Wähler oder sogar gegen deren Interessen handeln, abzurufen. Damit wird der Rätegedanke geradezu auf den Kopf gestellt. Auch diese Veränderungen des 7. Ausschusses entspricht dem hitzigen Verlangen des organisierten Unternehmertums. Das alles sind lediglich Verschlechterungen, die der Ausschuss produziert hat. Stellen wir weiter in Erwägung, daß auch die Regierungsvorlage selbst schon durchaus ungenügend war und in diesen Tagen auch hinsichtlich der Betriebsratsbestimmungen die hier schon erörterten Einzelbestimmungen hinzukommen, so ist das Bild von der „Verankerung der Arbeiterrechte in der Gesetzgebung“ vollendet. „Hausherrenrechte“ hatte der Reichskanzler den Angestellten und Arbeitern im Betriebe angekündigt. Hausherrenrechte bleiben nach den Ergebnissen der Ausschussberatungen übrig.

## Die Beschlüsse des Ausschusses.

Im Ausschuss der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz wurde Freitag folgender Kompromißantrag der drei Regierungsparteien über die Beteiligung der Betriebsräte am Aufsichtsrat mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Unabhängigen angenommen:

„Der Betriebsrat hat in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonders hierzu zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer, sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung, als auf eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.“

In der weiteren Beratung wurde bezüglich des Artikels 35 mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und Unabhängigen folgender Antrag des Zentrums und der Demokraten angenommen:

„Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken das Recht, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er dem Betriebsrat oder wo ein solcher nicht besteht, dem Betriebsrat aber alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer betreuenden Betriebsvorgänge Auskunft gibt und die Lohnbücher vorlegt.“

Ferner hat der Arbeitgeber mindestens vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten.

In Unternehmungen, die zur Führung von Handelsgeschäften verpflichtet sind, können die Betriebsräte der zu der Unternehmung gehörenden Betriebe verlangen, daß den Betriebsrätschleifen, wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten, abwärts vom 1. Januar 1920 ab eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das verlaufene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung haben den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu entsprechen. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung für Unternehmungen, die nicht mindestens 100 Angestellte oder 500 Arbeiter im Betriebe beschäftigen.

Die Mitglieder des Betriebsratsschleifes oder des Betriebsrates sind verpflichtet, über die ihnen vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.“

Mit der Annahme dieses Kompromisses, das im großen und ganzen den Vermittlungsvorschlägen der demokratischen Partei entspricht, und das die Zustimmung des Zentrums erhalten hat, haben die Kapitalisten einen großen Erfolg errungen. Wegen der Teilnahme der Arbeiter im Aufsichtsrat ist der Kompromißantrag, der die Frage durch ein besonderes Gesetz regeln will, mit den Stimmen der drei Regierungsparteien und der Unabhängigen angenommen. Dagegen ist der Kompromißantrag über das Recht der Betriebsräte auf Einsicht in die Bilanz gegen die Stimmen der Reichssozialisten und der Unabhängigen beschlossen worden.

Die Reichssozialisten sträubten sich zwar bisher noch, diesem Kompromiß zuzustimmen, daß das „Recht“ der Arbeiter auf Einsichtnahme in die Bilanz zu einer Farce macht. Trotzdem dürften die Reichssozialisten aber auch in dieser Frage kaum standhaft bleiben, nachdem auch das Zentrum den Standpunkt der Demokraten zu dem seinigen gemacht hat. Die demokratische Presse redet den Reichssozialisten gut zu, doch den obliegenden Standpunkt aufzugeben und in dieser ernsten Situation nicht erneut die Gefahr der Regierungskrise heraufzubekommen. Die „Vossische Zeitung“ weiß auch bereits zu melden: daß die Sozialdemokraten, was eigentlich selbstverständlich ist, zu der Ansicht gekommen sind, daß es eine unmögliche Aufgabe wäre, über eine solche Einzelfrage einen Bruch herbeizuführen, dessen Konsequenzen in der Tat ganz unabsehbar gewesen wären.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die „Vossische Zeitung“ recht behalten wird. Auch in der weiteren bisher noch strittigen Frage über das Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung ist nach der Meldung einer Korrespondenz bereits zwischen den drei Regierungsparteien eine Vereinbarung erzielt worden, die ein vollkommenes Aufgeben des bisherigen Standpunktes der Reichssozialisten bedeutet. Frohlockend verkündet deshalb die „Vossische Zeitung“, daß die Hemmnisse für eine solche

Erledigung des Gesetzes beseitigt sind und anzunehmen sei, daß die weitere Beratung des Gesetzes derart beschleunigt werden kann, daß die Beratung des Gesetzes unter allen Umständen vor Weihnachten fertig wird.“

Daraus geht bereits deutlich hervor, daß die Ausführungen des rechtssozialistischen Abgeordneten Giesel in einer Funktionärerversammlung der S. V. D. lediglich Theaterdonner sind und nur die eigenen Anhänger täuschen sollen. Er erklärte:

Wenn die Demokraten versuchen sollten, ihrem kapitalistischen Herrschaftsgewalt ihre unsozialistischen Forderungen in das Gesetz hineinzubringen, dann appellieren wir an das Volk, dann fordern wir die Auflösung des Parlaments.“

Das geht auch aus der Entschiedenheit hervor, die die Versammlung faßte und die erklärt, daß „das Recht der Vorlegung der Bilanz, der Vertretung im Aufsichtsrat und der Mitbestimmung namentlich bei Entlassung so wichtig sei, daß es hierin ein Zurückweichen nicht geben dürfe“. Die Herren werden „ein Zurückweichen“ durchaus nicht nötig haben, da ja ihre Entschiedenheit ja unbestimmbar ist, daß sich dadurch ein Zurückweichen erübrigt.

Der Betriebsratenausschuss der Nationalversammlung trat heute abend 8 Uhr nochmals zu einer Sitzung zusammen, um die restlichen noch unerledigten Artikel über die Ein- und Ausschüsse zu beraten. Für die Einstellung wurden Anträge in Vorlage gebracht, die betrafen, daß hierfür zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber Richtlinien aufzustellen sind. Gegen diese Regelung wandten sich scharf Vertreter des Zentrums und der rechtslebenden Parteien. Schließlich wurde ein Antrag des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, welcher lautet:

„Neben der Entlassung des einzelnen Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Kontrolle des Betriebs, Arbeiter- oder Angestelltenrates zu entscheiden.“

Bezüglich der Entlassungen wurde ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien als Artikel 42 und 43 ohne Widerspruch angenommen.

## Gewerkschaftliches.

### Die Bewegung der Telegraphenarbeiter.

Vor einigen Tagen berichteten wir über eine Kundgebung der Postbediensteten in der Chausseestraße. In dieser wurden drei Entschlüsse einstimmig angenommen, die dem Reichspostminister schriftlich überreicht wurden. Der Zentralverbandsvorsitzende des Zentralverbandes deutscher Post- und Telegraphenbediensteten hat in einer erneuten Eingabe gebeten ihm bis Donnerstag abend 6 Uhr im Verbandsbureau Mitteilung vom Herrn Reichspostminister zugehen zu lassen, ob der Reichspostminister bereit wäre seinen bis jetzt eingenommenen ablehnenden Standpunkt zu verlassen. Am gleichen Abend um 7 Uhr abends traten die Verbandsvorsitzenden, Sektionsleiter, Obleute, Arbeiterräte und Vertrauensleute des Reichsverbandes Groß-Berlin zu einer erneuten Sitzung zusammen. Es wurde ein dringendes Telegramm an den Reichspostminister gefaßt, in dem um sofortige Antwort ersucht wurde, ob der Reichspostminister bereit ist, in Verhandlungen einzutreten.

Zusätzlich und an anderen Orten sind dem Verbandsprogramm zugegangen, die zu einem gemeinsamen Vorgehen aufzuredern. Der Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten veranstaltet am Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr in den Kammern, S. S. Teltower Straße, in sämtlichen Sälen eine zweite allgemeine Versammlung. Die Versammlung wird Entscheidung über die weiteren Maßnahmen der Post- und Telegraphenarbeiter fällen.

### Der Streik der Schuhmacher.

Nach allen in den Streik getretenen Reparatur-Schuhmachern sind alle Forderungen bewilligt worden; trotz des reaktionären Verhaltens der Obermeister der Schuhmachervereinigung. circa 1200 Kollegen und Kolleginnen arbeiten nach dem neuen Tarif. Wir richten aber hiermit den letzten Appell an die Kollegen, die bisher ihre Interessen noch nicht erkannt haben, sich unverzüglich an unsere Anstufungsstellen zu wenden, die heute von 6-8 Uhr und Sonntag von 9-11 Uhr in folgenden Lokalen geöffnet sind: Winterdörfer: Gasteiner Str. 6, Charlottenburg; Kautzstraße 63, Westen; Wilmistr. 63, Südosten und Neufuß: Falkstr. 59e, Osten u. Rittenberg; Gubener Str. 6, Norden; Uferstraße 18, Rosenthal; Lidenburger Str. 10, Siedlich; Pfefferstr. 1; außerdem Verbandsbureau, Engelauer 14/16. Auskunft wird auch den Arbeitgebern erteilt.

Am Laufe des heutigen Tages sowie der nächsten Tage werden Kommissionen bei den Arbeitgebern vorstellig werden, die bisher von der Bewegung nicht erfasst wurden. Zentralverband der Schuhmacher, Verwaltung Berlin.

H. O. H., Hennigsdorf. Sämtliche Kollegen, die bei der Streikleitung von Tor 8 Streiküberwachung erhoben haben und arbeiten, erhalten die Restzahlung Sonnabend 8 Uhr im Arbeiterratzimmer. Mitgliedsbuch ist vorzulegen, Streikworten abzugeben.

Schwarzkopf, Scheringstraße, Sonnabend, vorm. 11 Uhr, Versammlung aller noch aufstehenden Kollegen und Kolleginnen bei Thomas, Gartenstr. 71.

Knorrstraße und angrenzende Betriebe. Sonntag vormittag 10 Uhr Betriebsversammlung aller arbeitenden und ausbezahlten Kollegen in Siemens Platz, Siedliche 13. Die noch aufstehenden Kollegen haben zwecks Kontrolle am Eingang ihre Streikkarte vorzuzeigen. Alle Ausbezahlten melden sich am Montag von 10 bis 12 Uhr im Foyerhof von Siedliche zwecks Ausstellung neuer Kontrollkarten. Wer sich am Montag nicht meldet, erhält keine Unterstützung mehr.

### Die Eröffnung des Großen Schauspielhauses.

Mit der Eröffnung des Schlosses hat Max Reinhardt Freitag abend sein großes Schauspielhaus eröffnet und ohne Sensationen einen harten ethischen Erfolg errungen. Das bis auf den letzten Nagel gefüllte Haus des ehemaligen Rikard Schumann (den der Architekt Professor Voigt mit kunstvoller und schillernder Phantasie zu einem der schönsten neuer Wege erschließenden Theatergebäude umgestalt hat) hörte der alten griechischen Tragödie in ihren drei Teilen mit mehr als 1000 Zuschauern. Die lebendige Interesse an den Greueln des Aristophanes zu. Aber Auge und Ohr konnten bei der Aufführung in Sicht und Klang schweigen. Neue Eindrücke verdrängten manche altgewohnten, und die Darstellung feierte ihren Triumph in Rikard Schumann, der sich vor allem mit Direktor Max Reinhardt am Schluß immer wieder im Besonderen zeigen mußte. Nach diesen paar Worten bei Redaktionsschluss kurz vor Mitternacht soll die ausführlichere Würdigung bei Tage folgen.

E. B.



Groß-Berlin.

Hort mit den Wagenklassen auf der Stadtbahn.

Bei der Stadtbahn wurden sie noch durch einen engen Bureaufraßismus willkürlich begünstigt. ...

Wiener Hilfswoche.

Die habsbischen Behörden Berlins haben zugunsten der notleidenden Bevölkerung Wiens einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: ...

tags 4 Uhr. Außerdem werden angenommen Geldspenden bei der Stadtbahnkasse, ...

In die Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre Groß-Berlins.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Arbeiterräte Groß-Berlins hat beschloffen, die Ausgabe von Marken zum Wahl- und Propagandafonds bis auf weiteres einzustellen, ...

Der Geschäftsführende Ausschuss. Prof. Dr. J. Weber.

Arbeiterräte, die ihre Marken noch nicht abgerechnet haben, können das bei den unten bekannten Stellen am Sonntag und Mittwoch in der Zeit von 5 bis 7 1/2 Uhr nachholen.

Unter falscher Flagge.

Was die reaktionären Kreise nicht auf geradem Wege erzielen können, suchen sie hinterlistig zu erreichen. Die bürgerliche Fraktion der Berliner Stadtbahnverwaltung hat folgenden Antrag gestellt: ...

Einen ähnlichen Antrag hat, wie wir hören, auch die bürgerliche Stadtverordnetenfraktion in Charlottenburg gestellt. Wenn es sich um die Unschädlmachung von ausländischen Gewerbetreibenden und Schleichern handelte, dann ständen unserer Erachtens jetzt schon genügend Mittel zur Verfügung; ...

Arbeiter-Bildungsschule der U. S. V.

Der Kursus des Genossen Stein: „Geschichte der modernen Revolutionen“, wird an den Sonntagen wieder lausendfortgesetzt. ...

Abteilung, Kriegs- oder Zivilgefangene! Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen hat die Möglichkeit 50 unerschützte Kinder von Kriegs- oder Zivilgefangenen im Alter von 7 bis 18 Jahren zu hunderttausend Markenscheinen ...

Passive Auserkennung. Die von der Bundesberufungsstelle des Reichsgerichts Berlin aufgebene Kinder-Anfahrtskarte über 1 1/2 Mark ...

Wiedereröffnung des Automobilklubbetriebs. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft kann dank der Bewilligung von Betriebsstellen durch das Reichsamt für Kraft- und Kraftfahrwesen ihren Automobilbetrieb am Montag, den 1. Dezember, wieder aufnehmen.

Botenklische Dörfer. Herr Reichsminister Graf v. Helldorf hat am 27. d. M. die Klämme und Betriebsrichtungen des höchsten Reichsbeamten einer längeren Weisung unterworfen. ...

Aus dem Gemeindeleben.

Wittenau-Vorligwalde. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung brachte, wie ihre Vorgängerinnen, die heftigsten Auseinandersetzungen unter Genossen mit dem Gemeindevorstande, insbesondere aber mit dem Rechtskonsulenten und dem Schöffen Kottwitz. ...

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

III.

Amerika befand sich am Anfang seines eigenen Krieges. Jimmie Higgins und seine Genossen auf, ins Eingetretene. Im Monat Juni folgten zehn Millionen dieser Aufforderung, doch verhielt sich von selbst, daß nicht darunter war. ...

„Gut“, meinte Jimmie, „es wird aber für Euch nicht viel herauskommen.“ „Was wollen Sie damit sagen?“ „Ich werde nicht kämpfen, bin ein Dienstverweigerer aus Gewissensgründen.“ ...

„Guter in diesem Frachtwagen?“ fragte der Wrenser, doch war sein Ton milder als seine Worte. Er hob den Sterbenden heraus — er war kein schweres Gewicht — und legte ihn auf den Perron. ...

